

– Vgl. StGH, Urteil vom 13.02.2002 – P.St. 1633 –, NVwZ 2002, 468 (469) = juris, Rn. 24, wobei dieses Urteil allerdings nicht unmittelbar eine Streitigkeit zwischen einer Partei und einem in § 42 Abs. 2 StGHG genannten Antragsberechtigten zum Gegenstand hat, sondern eine Entscheidung des Hessischen Wahlprüfungsgerichts; ebenso BVerfG, Beschluss vom 31.03.1987 – 2 BvH 1/87 –, BVerfGE 75, 34 (39) = juris, Rn. 15, unter Berufung auf StGH, Beschluss vom 25.03.1987 – P.St. 1065 e.V. –, juris, der sich zu dieser Thematik allerdings nicht äußert, so auch Günther, Verfassungsgerichtsbarkeit in Hessen, 2004, § 42 Rn. 21 Fn. 108; Barwinski, in: Zinn/Stein, Verfassung des Landes Hessen, Stand: 16. Lfg. 1999, Art. 131-133, S. 21 f., 35; Falk, BeckOK HessVerf, Art. 131, Rn. 14 (im Erscheinen); a.A. Günther, Verfassungsgerichtsbarkeit in Hessen, 2004, § 42 Rn. 21 –

2. Die Grundrechtsklage ist jedoch mangels Rechtswegerschöpfung unzulässig. Ist für den Gegenstand der Grundrechtsklage der Rechtsweg eröffnet, kann die Grundrechtsklage nach § 44 Abs. 1 Satz 1 StGHG erst erhoben werden, wenn der Rechtsweg erschöpft ist. Diese Voraussetzung ist nicht erfüllt.

a) § 40 Abs. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung – VwGO – eröffnet den Verwaltungsrechtsweg für alle öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten nichtverfassungsrechtlicher Art, die nicht durch Gesetz einem anderen Gericht zugewiesen sind.

Es ist anerkannt, dass die Unterlassung und der Widerruf von Äußerungen, die von einem Amtsträger in dienstlicher Eigenschaft abgegeben werden, im Verwaltungsrechtsweg geltend zu machen sind.

– BVerwG, Urteil vom 29.06.2022 – 6 C 11.20 – BVerwGE 176, 19 Rn. 16 ff.; Hess. VGH, Urteil vom 09.12.1993 – 6 UE 571/93 –, juris, Rn 28 –

Allerdings ist zweifelhaft, ob im vorliegenden Fall der Verwaltungsrechtsweg eröffnet ist. Denn die Antragstellerin beruft sich gegenüber dem Hessischen Ministerpräsidenten und damit einem obersten Landesorgan auf spezifisches Verfassungsrecht aus Art. 21 Abs. 1 Satz 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 und Art. 73 Abs. 2 Satz 1 HV. Damit könnte es sich unabhängig davon, ob die Antragstellerin vor dem Verwaltungsgericht als Verfassungsorgan oder lediglich als ausschließlich im gesellschaftlich-politischen Bereich verwurzelte Vereinigung agiert, um eine verfassungsrechtliche Streitigkeit handeln, für die der Verwaltungsrechtsweg nicht eröffnet ist. Denn die Faustformel der doppelten Verfassungsunmittelbarkeit, nach der eine verfassungsrechtliche Streitigkeit anzunehmen ist, wenn die Streitbeteiligten unmittelbar am Verfassungsleben teilnehmen und im Kern um Anwendung und Auslegung von Verfassungsrecht streiten, beschreibt die verfassungsrechtlichen Streitigkeiten nicht abschließend.

– Siehe etwa Ruthig, in: Kopp/Schenke, VwGO, 29. Aufl. 2023, § 40 Rn. 320; Bethge, JuS 2001, 1100 f.; vgl. auch BVerwG, Urteil vom 27.02.2019 – 6 C 1/18 –, BVerwGE 164, 368 Rn. 13 m.w.N. –

Auch wenn der Antragstellerin eine unmittelbare Beteiligung am Verfassungsleben abzusprechen wäre, könnte die hier in Rede

stehende Streitigkeit derart vom Verfassungsrecht geprägt sein, dass sie gleichwohl verfassungsrechtlicher Art ist.

Jedoch kann diese Frage offenbleiben, da der Grundsatz der Rechtswegerschöpfung gemäß § 44 Abs. 1 Satz 1 StGHG verlangt, dass vor Erhebung der Grundrechtsklage auch solche Rechtsbehelfe ergriffen werden müssen, deren Zulässigkeit nicht eindeutig geklärt ist.

– Ständige Rechtsprechung des StGH, siehe zuletzt Beschluss vom 26.01.2022 – P.St. 2867 –, StAnz. 2022, 300 [302] = juris, Rn. 22, m.w.N.; ebenso zu Verfassungsbeschwerden gegen warnende und empfehlende Parlamentsbeschlüsse BVerfG(K), Beschluss vom 28.08.1992 – 1 BvR 632/92 – NVwZ 1993, 357 f. = juris, Rn. 2 ff.; VerfGH NRW, Beschluss vom 22.09.2020 – 49/19.VB-2 – juris, Rn. 33 ff. –

Ob politische Parteien, die sich durch Äußerungen von obersten Landesorganen oder ihrer Teile in ihrem Recht auf Chancengleichheit und parteipolitische Neutralität verletzt fühlen, diese Rechte auch vor den Verwaltungsgerichten geltend machen können, ist in der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung nicht hinreichend geklärt. Die Antragstellerin muss deshalb den Verwaltungsrechtsweg beschreiten, um zunächst die Frage der Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs zu klären.

Zwar hat das Verwaltungsgericht Wiesbaden im Eilverfahren zwischen der Antragstellerin und dem Land Hessen (Az. 6 L 1181/22.WI) die Streitigkeit um die Rechtmäßigkeit der Äußerung des Ministerpräsidenten als verfassungsrechtlich qualifiziert und deshalb den Antrag mangels Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs mit Beschluss vom 14. November 2023 als unzulässig abgewiesen. Damit ist aber die Frage der Rechtsnatur der Streitigkeit zwischen der Antragstellerin und dem Land Hessen verwaltungsgerichtlich noch nicht abschließend entschieden. Zum einen ist gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichts das Rechtsmittel der Beschwerde nach § 146 Abs. 1 VwGO statthaft. Zum anderen ist die Frage der Rechtsnatur dieser Streitigkeit auch Gegenstand des noch anhängigen verwaltungsgerichtlichen Hauptsacheverfahrens. Das Gebot der Rechtswegerschöpfung verlangt, dass die Antragstellerin auch den Verwaltungsrechtsweg, den sie in der Hauptsache beschränkt hat, erschöpft. Danach kann sie sich innerhalb der Frist des § 45 Abs. 1 StGHG gegebenenfalls erneut an den Staatsgerichtshof wenden.

b) Gründe, die für das Vorliegen eines Ausnahmetatbestandes des § 44 Abs. 2 StGHG sprechen, hat die Antragstellerin weder vorgetragen noch sind sie sonst ersichtlich.

II.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 28 StGHG.

Wolf	Sacksofsky	Dauber	Detterbeck
	Fachinger	Falk	Gasper
Liebermann	Rachor	Wack	Wunder

DIE REGIERUNGSPRÄSIDIEN

75

DARMSTADT

Sachlicher Teilplan Erneuerbare Energien (TPEE) 2019 des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010 und dessen 1. Änderung;

Bekanntmachung eines Beschlusses der Regionalversammlung Südhessen nach § 5 Abs. 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (Feststellung des Erreichens des ersten Flächenbeitragswertes)

Nachstehend mache ich bekannt, dass die Regionalversammlung Südhessen am 8. Dezember 2023 folgenden Beschluss (Drucksache X/113.1) gefasst hat:

„Die Regionalversammlung Südhessen stellt hiermit, wie auch die Verbandskammer des Regionalverbands Frankfurt/RheinMain, für den Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien (TPEE) 2019 des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans

2010 und dessen 1. Änderung fest, dass zum 2. Oktober 2023 (und demnach vor dem in § 3 Abs. 1 Satz 2 WindBG genannten Stichtag 31. Dezember 2027) in dem TPEE und dessen 1. Änderung anteilig 1,5 Prozent (111,75 km²) der Planungsregion Südhessen als Vorranggebiete zur Nutzung der Windenergie festgelegt worden sind. Zum Erreichen des in § 3 Abs. 1 in Verbindung mit der Anlage des WindBG normierten ersten Flächenbeitragswertes in Höhe von 1,8 Prozent der Landesfläche ist eine Festlegung weiterer Vorranggebiete zur Nutzung der Windenergie für die Planungsregion Südhessen nicht erforderlich.

Diesem Beschluss liegt die Bestätigung der obersten Landesplanungsbehörde vom 8. November 2023 zugrunde, dass zum 2. Oktober 2023 alle hessischen Teilregionalpläne Energie in Summe den oben genannten ersten Flächenbeitragswert in Höhe

von 1,8 Prozent der Landesfläche ohne die Festlegung neuer Vorranggebiete zur Nutzung der Windenergie (Windenergiegebiete) erreichen.

Die Geschäftsstelle der Regionalversammlung Südhessen wird beauftragt, den Beschluss in Abstimmung mit dem Regionalverband FrankfurtRheinMain öffentlich bekannt zu geben.“

Begründung und Erläuterung:

Die Rechtsgrundlage für diesen Beschluss ergibt sich aus § 5 WindBG in Verbindung mit § 1 HEG. Hiernach sind in den Regionalplänen anteilig Vorranggebiete zur Nutzung der Windenergie in Höhe der in § 3 Abs. 1 in Verbindung mit der Anlage des WindBG für das Land Hessen normierten Flächenbeitragswerte auszuweisen. Wird ein Flächenbeitragswert ohne eine Ausweisung von neuen Windenergiegebieten erreicht, ist dies festzustellen.

Die gemeinsame Prüfung der oberen Landesplanungsbehörde als Geschäftsstelle der Regionalversammlung Südhessen und des Regionalverbands FrankfurtRheinMain hat ergeben, dass zum Stichtag 2. Oktober 2023 im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien (TPEE) 2019 des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010 und dessen 1. Änderung anteilig 1,5 Prozent der Planungsregion Südhessen als Vorranggebiete zur Nutzung der Windenergie festgelegt worden sind. Diese Vorranggebiete stellen Windenergiegebiete nach § 2 Nr. 1a) WindBG dar.

Die oberste Landesplanungsbehörde bestätigt, dass zum 2. Oktober 2023 im Teilregionalplan Energie Nordhessen 2017/2020 2,0 Prozent, im Teilregionalplan Energie Mittelhessen 2016/2020 2,2 Prozent und im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien (TPEE) 2019 des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010 und dessen erster Änderung 1,5 Prozent der jeweiligen Planungsregion als Vorranggebiete zur Nutzung der Windenergie festgelegt sind.

Diese Vorranggebiete stellen Windenergiegebiete nach § 2 Nr. 1a) WindBG dar. In Summe sind 1,9 Prozent der hessischen Landesfläche planerisch für die Windenergienutzung gesichert.

Sämtliche Vorranggebietsflächen, die als Windenergiegebiete nach § 2 Nr. 1a) WindBG anteilig für die Planungsregion Südhessen angerechnet worden sind, werden in der Anlage zu diesem Beschluss unter Angabe des Umfangs der angerechneten Fläche aufgeführt.

Die Verbandskammer beim Regionalverband FrankfurtRheinMain hat am 13. Dezember 2023 für den Geltungsbereich des Regionalen Flächennutzungsplans 2010 einen entsprechenden Beschluss gefasst. Dieser ist unter den Veröffentlichungen des Regionalverbands in dieser Ausgabe des Staatsanzeigers bekanntgemacht.

Der Beschluss sowie die zugehörige Begründung und Erläuterung sind auch über das Gremienportal der Regionalversammlung Südhessen (<https://rim.ekom21.de/rp-darmstadt/startseite>) abrufbar.

Anlage: Sachlicher Teilplan Erneuerbare Energien (TPEE) 2019 des Regionalplans Südhessen/ Regionalen Flächennutzungsplans 2010 und dessen 1. Änderung; Vorranggebiete zur Nutzung der Windenergie in der Planungsregion Südhessen

ID	VRG-Wind (Nummer)	Größe in km ²	Größe in ha	Landkreis/ Kreisfr. Stadt	RPDA/RV
1	2-23a	0,63	62,9	ODW	RPDA
2	2-23b	0,39	38,5	ODW	RPDA
3	2-25	2,97	297,4	BERG	RPDA
4	2-26a	0,16	15,6	BERG	RPDA
5	2-31	1,66	165,6	ODW	RPDA
6	2-41	0,86	85,7	MKK	RPDA
7	2-45	0,25	25,4	MKK	RPDA
8	2-48	1,04	104	MKK	RPDA
9	2-48a	0,12	11,7	MKK	RPDA
10	2-52	0,22	21,5	MKK	RPDA
11	2-55	0,15	15,1	MKK	RPDA
12	2-56	0,31	31,3	MKK	RPDA
13	2-60	0,43	42,9	MKK	RPDA
14	2-61	0,42	42,3	MKK	RPDA
15	2-63	0,82	81,8	MKK	RPDA

ID	VRG-Wind (Nummer)	Größe in km ²	Größe in ha	Landkreis/ Kreisfr. Stadt	RPDA/RV
16	2-65f	0,78	78,1	MKK	RPDA
17	2-71	1,58	157,5	MKK	RPDA
18	2-71a	0,37	36,8	MKK	RPDA
19	2-73	0,91	91	MKK	RPDA
20	2-74	0,57	56,7	MKK	RPDA
21	2-76	2,35	235,4	MKK	RPDA
22	2-76a	2,03	203,2	MKK	RPDA
23	2-81	0,85	85	MKK	RPDA
24	2-88	0,28	28	DADI	RPDA
25	2-92	0,32	32,3	DADI	RPDA
26	2-95	2,65	265,3	DADI	RPDA
27	2-99	0,51	50,7	ODW	RPDA
28	2-117	0,81	80,9	DADI	RPDA
29	2-118	1,59	158,8	ODW	RPDA
30	2-122	6,50	650,2	ODW	RPDA
31	2-123b	0,23	22,6	ODW	RPDA
32	2-125	0,23	23,4	ODW	RPDA
33	2-125a	0,30	29,7	ODW	RPDA
34	2-125b	0,33	32,8	ODW	RPDA
35	2-125c	0,87	87,1	ODW	RPDA
36	2-136	0,13	12,7	ODW	RPDA
37	2-138	0,49	49,4	ODW	RPDA
38	2-144	0,59	58,8	DADI	RPDA
39	2-228	0,42	41,7	DADI	RPDA
40	2-294	0,51	51,3	BERG	RPDA
41	2-303	0,29	28,6	MKK	RPDA
42	2-304	4,55	454,8	MKK	RPDA
43	2-304a	0,72	71,9	MKK	RPDA
44	2-308	0,17	17	MKK	RPDA
45	2-309	0,81	80,6	MKK	RPDA
46	2-315	1,08	108,3	MKK	RPDA
47	2-320	1,60	159,9	MKK	RPDA
48	2-343	0,52	51,9	RTK	RPDA
49	2-359	0,16	16,3	RTK	RPDA
50	2-370a	0,14	13,6	RTK	RPDA
51	2-371	0,63	62,5	RTK	RPDA
52	2-372	1,03	103	RTK	RPDA
53	2-377	0,82	82,1	RTK	RPDA
54	2-384	1,19	118,8	RTK/WI	RPDA
55	2-384a	0,51	50,7	RTK	RPDA
56	2-385	0,17	17,1	RTK/WI	RPDA
57	2-388	0,19	18,9	RTK	RPDA
58	2-388c	0,79	78,5	RTK	RPDA
59	2-389	0,69	69,1	RTK	RPDA
60	2-390	0,35	35,1	RTK	RPDA
61	2-392a	1,49	148,6	RTK	RPDA
62	2-393	3,88	387,6	RTK	RPDA
63	2-399	0,56	55,8	RTK	RPDA
64	2-401	0,88	87,7	RTK	RPDA
65	2-414	3,98	398,3	RTK	RPDA
66	2-414g	2,73	272,7	RTK	RPDA
67	2-414k	0,91	91,3	RTK	RPDA
68	2-414m	0,39	38,5	RTK	RPDA
69	2-439	0,48	48,2	RTK	RPDA
70	2-445	0,15	15,4	MKK	RPDA
71	2-447a	0,64	63,9	MKK	RPDA
72	2-448	0,70	70,3	WETT	RPDA
73	2-449	7,80	780	MKK	RPDA
74	2-449c	0,35	34,7	MKK	RPDA
75	2-449d	0,24	23,8	MKK	RPDA
76	2-483	1,18	118	MKK	RPDA

ID	VRG-Wind (Nummer)	Größe in km ²	Größe in ha	Landkreis/ Kreisfr. Stadt	RPDA/RV
77	2-502	1,20	120,1	WETT	RPDA
78	2-702	1,26	126,3	MKK	RPDA
79	2-703	0,86	86,4	MKK	RPDA
80	2-705	1,44	144	ODW	RPDA
81	2-706	1,17	116,7	WETT	RPDA
82	2-811	1,89	188,7	ODW	RPDA
83	2-825	0,22	21,8	WETT	RPDA
84	2-832	0,40	39,8	WETT	RPDA
85	2-901	1,80	179,8	WETT	RPDA
86	2-907	0,11	10,8	WETT	RPDA
87	2-909	0,50	49,5	BERG	RPDA
88	2-911	0,41	40,7	WETT	RPDA
89	2-912	0,36	36,2	WETT	RPDA
90	2-915	0,34	33,8	WETT	RPDA
91	2-917	0,41	41,1	MKK	RPDA
92	2-920	0,16	16	RTK	RPDA
93	2-922	0,14	13,6	ODW	RPDA
94	2-923	1,31	131,2	RTK	RPDA
95	2-924	1,96	196,1	MKK	RPDA
96	2-926	0,26	26	RTK	RPDA
97	2-927	0,12	12,3	MKK	RPDA
98	2-929	0,12	12,1	RTK	RPDA
99	2-932	0,11	10,8	MKK	RPDA
100	2-934	0,32	31,5	MKK	RPDA
101	2-936	0,35	34,6	MKK	RPDA
102	2-937	2,03	202,5	MKK	RPDA
103	2-938	0,16	15,9	MKK	RPDA
104	3-1001	0,15	14,9	WETT	RPDA
105	2708	1,26	125,6	MKK	RV
106	2709	0,11	10,5	MKK	RV
107	2802	0,49	48,7	MKK	RV
108	3003	0,31	31	MTK	RV
109	3005	0,23	22,6	MTK	RV
110	4607	0,34	34	WETT/ HTK	RV
111	4608	0,37	36,6	WETT/ HTK/FFM	RV
112	6601	0,38	37,5	HTK	RV
113	6802	1,52	151,8	HTK	RV
114	6803	0,32	32,2	HTK	RV
115	7602	0,12	12,2	WETT	RV
116	7702	0,10	10,1	HTK	RV
117	7805	4,14	414,3	WETT	RV
118	8701	0,40	39,8	HTK	RV
119	9000	0,12	12,2	HTK	RV
120	9602	0,29	29,3	WETT	RV
121	9902	1,52	152,3	HTK	RV
122	10502	0,87	86,8	WETT	RV
	Gesamt	111,75 km²	11.175,3 ha		

Darmstadt, den 16. Januar 2024

Regierungspräsidium Darmstadt
RPDA - Dez. III 31.1-93 d 02/7-2023/2
StAnz. 5/2024 S. 160

76

Vorhaben: Errichtung und Betrieb eines Wertstoffhofes in Hanau – Großauheim, Benzstraße 8, 10 und 12

Die Stadt Hanau, Hanau Infrastruktur Service, hat einen Antrag gestellt auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Anlage zur Lagerung von gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen sowie zur

Behandlung von nicht gefährlichen Abfällen (neuer Wertstoffhof) in Hanau, Gemarkung: Großauheim, Flur: 079, Flurstücke: 490/1, 490/2, 491/1, postalische Anschrift: 63457 Hanau, Benzstraße 8, 10 und 12.

Die Stadt Hanau, Hanau Infrastruktur Service, plant die Errichtung und den Betrieb eines Wertstoffhofes (Anlage zur Lagerung von gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen sowie zur Behandlung von nicht gefährlichen Abfällen). Der Wertstoffhof soll in 63457 Hanau, Benzstraße 8, 10 und 12 errichtet werden. Auf dem Wertstoffhof sollen die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Hanau Abfallfraktionen abgeben können. Angenommen werden ausnahmslos feste Abfälle. Die Abfälle werden von den Kundinnen und Kunden angeliefert und je nach Abfallart in dafür bereitgestellten Containern und Behältnissen gesammelt und zeitweilig zwischengelagert. Eine Behandlung von Abfällen findet zur Verdichtung der Abfälle zur Optimierung der Transporteinheiten statt. Der Wertstoffhof soll nach Genehmigungserteilung in Betrieb genommen werden.

Für die Errichtung des gesamten Vorhabens wurde zusätzlich ein Antrag nach § 8a BImSchG auf Zulassung des vorzeitigen Beginns gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in Verbindung mit Nr. 8.11.2.4 sowie Nr. 8.12.1.1 und 8.12.2 des Anhangs 1 der 4. Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) der Genehmigung durch das Regierungspräsidium Darmstadt.

Das Vorhaben wird hiermit nach § 10 Abs. 3 BImSchG öffentlich bekannt gemacht.

Der Antrag und die Unterlagen sowie die bis zum Zeitpunkt der Bekanntmachung bei der Genehmigungsbehörde vorliegenden entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen liegen in der Zeit **vom 12. Februar 2024 (erster Tag) bis 11. März 2024 (letzter Tag)** beim Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Umwelt Frankfurt, Gutleutstraße 114, 60327 Frankfurt am Main (Zimmer 8.6.10, Tel.: 069/2714-3987 oder -3949), und bei folgender Auslegungsstelle aus:

- Magistrat der Stadt Hanau, Fachbereich 7.1 Stadtplanungsamt, Technisches Rathaus Zimmer 2.23, Hessen-Homburg-Platz 7, 63452 Hanau, Tel.: 06181/295-383

und können dort jeweils nach vorheriger Terminvereinbarung während der Dienststunden eingesehen werden.

Bei den vorgenannten Berichten und Empfehlungen handelt es sich zurzeit um folgende Stellungnahmen:

- RPDA – Dezernat I 18 zu Belangen der Kampfmittelräumung
- RPDA – Dezernat III 31.2 als obere Bauaufsichtsbehörde
- RPDA – Dezernat IV/F 41.4 zum anlagenbezogenen Gewässerschutz und zu wassergefährdenden Stoffen
- RPDA – Dezernat IV/F 41.5 zum Bodenschutz
- RPDA – Dezernat IV/F 42.1 zum Immissionsschutz (Luft)
- RPDA – Dezernat IV/F 43.1 zum Immissionsschutz (Lärm)
- RPDA – Dezernat V 53.1 zum Naturschutz
- RPDA – Dezernate VI 63 und VI 67 zum Arbeitsschutz
- Stadt Hanau, Technischer Umweltschutz, zu den Belangen des Bodenschutzrechtes
- Stadt Hanau, Brandschutzamt, zu den Belangen des Brand-schutzes
- Stadt Hanau, Bauaufsicht sowie Stadtplanungsamt, zu bauplanungsrechtlichen und bauordnungsrechtlichen Belangen
- Stadt Hanau, Straßenverkehrsbehörde, zu verkehrsrechtlichen Belangen
- Main-Kinzig-Kreis, Amt für Gesundheit und Gefahrenabwehr, zu umweltmedizinischen Belangen
- Main-Kinzig-Kreis, Eigenbetrieb Abfallwirtschaft, zu abfallrechtlichen Belangen
- Main-Kinzig-Kreis, Amt für Umwelt, Naturschutz und ländlichen Raum, zu wasserrechtlichen Belangen
- Hessen Mobil – Straßen- und Verkehrsmanagement zu verkehrsrechtlichen Belangen

Innerhalb der Zeit **vom 12. Februar 2024 (erster Tag) bis 11. April 2024 (letzter Tag)** können nach § 10 Abs. 3 BImSchG Einwendungen gegen das Vorhaben schriftlich bei den vorgenannten Auslegungsstellen oder elektronisch (E-Mail: Poststelle_IV_F@rpda.hessen.de) erhoben werden.

Soweit Name und Anschrift bei Bekanntgabe der Einwendungen an die Antragstellerin oder an die im Genehmigungsverfahren beteiligten Behörden unkenntlich gemacht werden sollen, ist hierauf im Einwendungsschreiben hinzuweisen.